

26. Januar 2015

Fraktion DIE LINKE.  
im Stadtrat Gera  
Fraktionsgeschäftsstelle  
Dr. W. Neudert

## **Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 22.01.2015**

Zu Beginn der Sitzung ergriff die OB das Wort und lud alle Stadträte für die Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2015, 16:30 Uhr, im Küchengarten, ein.

Die nachfolgende, durch Fraktionen DIE LINKE., CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen eingebrachte Resolution „Gegen die Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP, Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA, Trade in Services Agreement - TiSA), wurde durch den Stadtrat verabschiedet:

„Die Oberbürgermeisterin setzt sich beim Deutschen Bundestag, dem Deutschen Städtetag und weiteren relevanten Gremien dafür ein,

1. dass durch den Abschluss des transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) die kommunale Organisationsfreiheit für Gera nicht beeinträchtigt wird und der bürgernahe, durch Steuermittel finanzierte eigene öffentliche Gestaltungsauftrag im Kulturbereich genauso wie im Natur- und Umweltschutz, dem Verbraucherschutz, der biologischen Landwirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Lebensbereichen nicht in Frage gestellt wird;
2. dass die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Entsorgung von Abfällen und der ÖPNV sowie alle sozialen Dienstleistungen einschließlich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, sichergestellt wird. Deshalb sollen diese Bereiche entsprechen der Beschlussfassung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 02.02.2014 vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen werden.

Die Oberbürgermeisterin empfiehlt den Bundes- und Landtagsabgeordneten der Stadt Gera, die Forderungen des Punktes 2 mit ihrem Stimmverhalten im Deutschen Bundestag und im Thüringer Landtag zum Wohle der Stadt Gera umzusetzen.“

Die OB unterstützt diese Resolution und nahm den Auftrag an.

Einstimmig beschloss der Stadtrat eine veränderte Internatsnutzungssatzung und die dazu gehörige Internatsgebührensatzung. Damit sind keine Gebührenerhöhungen verbunden.

Die Vorlage zur Reduzierung des Zuschusses der Stadt Gera an den Gera Tourismus e.V. wurde durch die OB zurückgezogen.